

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshof, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radenornwald, Breuerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 233

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichsmark, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto

Halver

Montag, den 5. Oktober

Erscheint: wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herb und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1931

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten.

Kleine Zeitung für eilige Leser

- * Die Veröffentlichung der nächsten großen Notverordnung wird für Mittwoch angekündigt.
- * Die Bekanntgabe von Börsenkursen wird durch eine Notverordnung erneut verboten.
- * Infolge der Wundentwertung hat in England die Arbeitslosigkeit nachgelassen und der Export sich gehoben.
- * In Glasgow ist es zu neuen Unruhen gekommen, an denen sich 10 000 Arbeitslose beteiligten.

Höchste Zeit!

Raum noch ein einziger Tag vergeht, an dem nicht eine neue wirtschaftliche Notbotschaft bekannt wird. Wachsende Teile der deutschen Wirtschaft fallen der Krise zum Opfer und wenn z. B. die Zahl der Konkurse und Zwangsvergleiche im September so hoch gestiegen ist wie nie zuvor, so hat man nur geringe Hoffnung, daß nun damit schon die Höchstgrenze erreicht worden ist. Die neuen verschärften Bestimmungen über die Devisenbewirtschaftung sind ja auch nur ein bezeichnender Ausdruck für die Schwierigkeiten, die der Reichsbank aus der Währungszerüttung im Ausland erwachsen sind und die noch verstärkt werden durch die Notwendigkeit für Deutschland, nicht auch den letzten Rest von Kredit draußen und drinnen aufs Spiel zu setzen. Das verlangt natürlich immer neue Opfer. Aber auch deren Zahl und Umfang ist so hoch gestiegen, daß die wirtschaftlichen und politischen Spannungen laut das beschleunigte Eingreifen der Reichsregierung fordern.

Ursprünglich sollte die Bearbeitung des wirtschaftspolitischen Teiles jenes „Winterprogramms“, das schon seit längerem angekündigt worden ist, erst dann erfolgen und zu bestimmten Beschlüssen vorwärtigeführt werden, wenn sich die Wirkung der englischen Wundentwertung beurteilen ließe. Diese Absicht dürfte sich wohl jetzt kaum noch aufrechterhalten lassen, weil jene Wirkung zum großen Teil schon mehr als deutlich zu verspüren ist. Und zwar derart, daß es höchste Zeit für ein durchgreifendes Handeln ist. Gewiß ist schon ein Anfang gemacht durch die Verschärfung der Devisenbewirtschaftung, die bald zu einer weiteren über das Sinken der deutschen Kaufkraft hinausgehenden Drosselung der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse führen wird. Ein Ausgleich auf dem so furchtbar geschwächten Binnenmarkt ist für die sinkende deutsche Ausfuhr aber sicherlich nicht zu erwarten. Wir bewegen uns als Volk wie als einzelne nur noch sehr teilweise auf oder über der Grenze des Existenzminimums! Um so lauter ertönt der Ruf, der Hilferuf an die Regierung, mit ihrem wirtschaftspolitischen „Sofortprogramm“ so schnell als möglich hervorzutreten. Wir sind sozusagen „auf alles gefaßt“. Aber eine fast unerträgliche Nervenprobe bedeutet das Wartenmüssen.

Diese nur allzu verständliche „Nervosität“ wird sich beim Zusammenritt des Reichstages am Dienstag nächster Woche vermutlich in einer mehr als nur „ausgiebigen“ Aussprache entladen. Die Opposition auf der Rechten hat sich für diesen Zweck schon parteimäßig enger zusammengeschlossen; hingegen auf dem linken Flügel der Parteikoalition, die teils wirklich hinter der Regierung Brünning steht, teils deren Politik „toleriert“, haben sich Absplittierungen gezeigt, die das Festhalten an dieser Tolerierungspolitik für die Sozialdemokratische Partei nicht gerade erleichtern! Verfassungsgemäß müssen alle Notverordnungen, die seit Ende März, also seit der Vertagung des Reichstages, erschienen sind, nunmehr der Volksvertretung vorgelegt werden; beschließt der Reichstag die Aufhebung einer solchen Notverordnung oder eines Teiles davon, so muß die Regierung sich diesem Beschluß fügen oder — abtreten. Daß solche Aufhebungsanträge eingebracht werden, ist ebenso sicher wie die Beantragung von Mißtrauensvoten gegen das Kabinett bzw. gegen einzelne seiner Mitglieder.

Daß Dr. Brüning die Annahme solcher Anträge verhindern will, daß er sogar die Verlängerung seiner Vollmacht in der bisherigen Art — also Beibehaltung der Politik der Notverordnungen und Vertagung des Parlaments — herbeizuführen wünscht, ist der Zweck der Unterredungen, die noch vor Zusammenritt des Reichstages zwischen dem Kanzler und den Parteiführern stattfinden sollen. Hinzu kommen Verhandlungen mit den Führern der großen Wirtschaftsverbände, auf deren Ansichten und Forderungen ja die politischen Parteien starke Rücksicht nehmen müssen. Hier hat sich unter dem Druck der Krise gerade in der letzten Zeit alles ganz außerordentlich kompliziert, wurden daher Meinungsverschiedenheiten auch in jene Parteien hineingetragen, die der Kanzler braucht, um eine parlamentarische Billigung seiner bisherigen Regierungsmethode und eine Vollmacht für die Wintermonate zu erhalten.

Der Reichstag will also — und soll — eine Bilanz über die Tätigkeit der Regierung im vergangenen Sommer ziehen. Sanierung der öffentlichen Finanzwirtschaft, Sanierung auch der deutschen Wirtschaft selbst war der Reichsregierung zur Aufgabe gestellt worden, als im März der Reichstag sich vertagte und auch später wiederholt zu gleichem Entschluß gegenüber Anträgen kam, die seinen sofortigen Zusammenritt verlangten. Da wird der Reichskanzler harte Arbeit haben, wenn er nun seine Politik vor dem Reichstag verteidigen soll und neue Vollmachten erhalten will.

Dreißig Punkte

Das Rätsel des Winterprogramms.

Produktionssteigerung statt Arbeitszeitverkürzung?

Das Reichskabinett ist in Dauerberatungen an der Arbeit, um die nächste große Notverordnung fertigzustellen, so daß man glaubt, daß ihr Text in den ersten Tagen der Woche der Presse zur Veröffentlichung übergeben werden wird. Die nächste Verordnung wird aber immer

noch nicht das ganze Winterprogramm

enthalten, trotzdem sie sehr umfangreich werden und dreißig Punkte enthalten soll. Unter diesen scheinen besonders erwähnenswert: die Pensionsänderungsverordnung, die Umschulung der Länder und Gemeinden, die Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden, die Hauszinssteuer, die Klein- und ländliche Siedlung, die Verordnung über die Herabsetzung von Gehaltsbezügen in der Privatindustrie, die Verhinderung von Kapitalfliehleistungen und schließlich die Sondergerichte und die Bekämpfung des politischen Terrors.

Ein erheblicher und in mancher Hinsicht sogar

der wichtigste Teil der Pläne

der Reichsregierung zur Behebung der Krise wird aber noch nicht in der nächsten Notverordnung enthalten sein. Vor der Verkündung der Maßnahmen in Bezug auf gewisse grundsätzliche wirtschaftliche Fragen will sich die Regierung erst noch mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden in Verbindung setzen, um diesen ihre Pläne zu unterbreiten und zu begründen. Strittige Fragen sollen noch einmal erörtert und der Versuch einer Klärung unternommen werden. Man darf annehmen, daß es sich hierbei in der Hauptsache um die

Frage des Tarifwesens

drehen wird. Es soll, wie jetzt in politischen Kreisen verlautet, ein gewisser Umschwung in der Auffassung über den richtigen einzuschlagenden Weg eingetreten sein. Bisher stand im Mittelpunkt der Verhandlungen die besonders von den Gewerkschaften befürwortete und geforderte Maßnahme einer Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger Mehrereinstellung von Arbeitnehmern mit oder ohne entsprechende Lohnsenkung. Jetzt soll, so heißt es, in Regierungskreisen ein anderer Gedankengang verfolgt werden, der eine Wirtschaftsbelebung in folgender Reihe vorsieht: zunächst eine Mehreinstellung von Arbeitnehmern, verbunden mit einer Senkung der Löhne, aber ohne Arbeitszeitverkürzung. Durch eine vermehrte Produktion im Gegenteile soll eine Senkung der Preise erzielt werden und damit eine Stärkung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Die Arbeitgeber sollen also

die Möglichkeit der Lohnsenkung

nur für den Fall erhalten, wie es bei dem Plan für eine Arbeitszeitverkürzung der Fall war, wenn sie eine entsprechende Anzahl von Arbeitnehmern mehr einstellen. Ein solcher Plan, wie er wahrscheinlich durch den Druck der drohenden englischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstanden ist, würde allerdings wahrscheinlich eine beschränkte

Kurze politische Nachrichten.

Der Reichspräsident empfing den Reichskanzler zum Vortrag über den Stand der Arbeiten der Reichsregierung.

Zum sechstenmal veranstaltete der Kolonialkriegerbund seinen großen Berliner Kolonialappell. Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des Kolonialkriegerbunds, Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, in der er u. a. ausführte: Die koloniale Frage ist keine parteipolitische, sie ist eine Angelegenheit des ganzen deutschen Volkes. Es sind ja nicht nur die großen materiellen Werte, die auf dem Spiel stehen. Kolonien sind für ein Volk so notwendig wie der Turnplatz für die Schule.

Am Sonntag, den 11. Oktober, findet die bereits angekündigte Zusammenkunft der Nationalen Opposition statt.

Die schwedische Staatsbahn hat für Handelsreisende und andere Personen, die besonders viel reisen, eine Legitimationskarte eingeführt, die auf allen Strecken und allen Klassen 50 Prozent Ermäßigung bewirkt. Diese Legitimationskarte kostet jährlich 200 Kronen.

Gegenüber den in der letzten Zeit wiederholt auftauchenden Meldungen über Vereinbarungen der zwischen Zentrum und Deutschnationalen stehenden Parteien teilt die Leitung der Landvolkspartei mit: Zwischen einzelnen Persönlichkeiten der Wirtschaft und der Politik der verschiedenen Richtungen haben in den letzten Wochen persönliche Aussprachen stattgefunden, die nicht, wie behauptet wird, die Gründung einer neuen Partei zum Ziele hatten, sondern lediglich einer Besprechung der Lage und dem zwangslosen Meinungsaustausch dienen sollten. Nachrichten, die dahin gehen, daß die Landvolkspartei irgendwelche Bindungen eingegangen wäre, sind falsch.

Gelbsthilfe und Reichshilfe.

Beratungen des Deutschen Städtetages.

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen

Entlastung des Arbeitsmarktes mit sich bringen können, da bei der Verschiedenheit der Kapazität der einzelnen Unternehmungen und Betriebe eine ganz individuelle Handhabung stattfinden müßte. Zur Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern gehören ja außer den Löhnen noch

Geldkapital und Betriebsmittel,

und an dem Fehlen dieser Wirtschaftsmotoren krankt ja bekanntlich vor allem unsere Produktion.

Tarifrecht und Reichsregierung.

In der Sitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte der Vorsitzende Grafmann ausgeführt, die Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Regierung hätten den Erfolg gehabt, daß die Frage des Tarifrechts nicht in die Notverordnung aufgenommen werden würde. Wie hierzu an zuständiger Stelle betont wird, hat der Reichskanzler von Anfang an beabsichtigt, erst nach Erlaß der Notverordnung dieses Problem in einer Besprechung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu regeln.

Mittwoch Veröffentlichung der großen Notverordnung.

Das Reichskabinett trat wiederum zusammen, um die große Notverordnung weiter zu beraten. Am Dienstag werden die Ministerpräsidenten der Länder in einer öffentlichen Reichsratssitzung von dem Inhalt der Notverordnung Kenntnis erhalten. Darauf erfolgt die Unterzeichnung der Verordnung durch den Reichspräsidenten. Am Mittwoch früh wird die Verordnung veröffentlicht werden.

Gemeindeobligationen mit Reichsgarantie

Zur Frage der Umschulung der Gemeinden.

Wie zuverlässig verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, die Schwierigkeiten der Gemeinden in folgender Weise zu beheben: Die Gemeinden sollen ihre Schulden durch Obligationen ablösen. Beim Reichsfinanzministerium wird eine besondere Umschuldungsstelle geschaffen, die zwischen Schuldner und Gläubiger vermittelt. Wie ausdrücklich betont wird, wird aber an keinerlei Zwangsmaßnahmen gedacht, sondern es soll sich nur um durchaus freiwillige Vereinbarungen zwischen Schuldner und Gläubigern handeln. Die Vermittlungsstelle des Reichsfinanzministeriums tritt nur in Tätigkeit, wenn beide Teile einen entsprechenden Antrag stellen. Das Reich wird für derartige Gemeindeobligationen unter gewissen Voraussetzungen Bürgschaft übernehmen, zumindest für die Zinszahlung. Die Gemeinden werden dafür dem Reich bestimmte Werte zu verpfänden haben. Auch eine starke Beaufsichtigung der Finanzgebarung in den Gemeindeverwaltungen wird der Umschuldungsstelle eingeräumt werden müssen.

Städtetages berieten am Freitag in München wichtige Fragen der Kommunalpolitik. Präsident Mülert äußerte sich bei einem Presseempfang über brennende kommunale Fragen: In einem Augenblick, der die Gemeinden vor schwierigste Aufgaben stellte, hat der Vorstand des Deutschen Städtetages ein Programm der Selbsthilfe aufgestellt. Auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 24. August haben die Länder von der ihnen gegebenen Ermächtigung Gebrauch gemacht und Anordnungen getroffen, die nicht nur die von den Städten erbetenen Grundlagen des Sach- und Personalabbaues schufen, sondern darüber hinausgehend, an den Stützen des Rechtsstaates rütteln. Vor allem bedauert der Städtetag, daß verschiedene Länderregierungen bei der Arbeit an der Sanierung der Gemeindehaushalte die Stadterordnetenversammlungen nicht beteiligt haben. Der Städtetag fordert nunmehr mit größter Entschiedenheit, daß die Reichsregierung jetzt auch jene Schritte unternehme, die nach seinen Vorschlägen die Lebenshaltung weitester Schichten verbilligen sollen. Leider ist ein sehr wesentlicher Vorschlag des Städtetages nicht befolgt worden. Wir waren bei unserem Plan davon ausgegangen, daß Länder und Gemeinden das Recht erhalten würden, überzählig werdende Beamte und Lehrer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, in den Ruhestand zu versetzen. Leider haben die Regierungen diese Forderung nicht aufgenommen und legen die ganze Last der Einsparungen auf die Schultern derjenigen, auf denen die Zukunft unseres Landes liegt. Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß hier ein staatspolitischer Fehler gemacht ist, der schleunigst wieder gutgemacht werden muß.

Protest gegen die letzten Notverordnungen.

Der Vorstand des Preussischen Städtetages faßte folgende Entschlieung, in der er nachdrücklich Verwahrung einlegt gegen die schweren Eingriffe, die in den letzten Notverordnungen und noch verschärft in den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften enthalten seien. Hinsichtlich der Verfassungswidrigkeit der getroffenen Anordnungen deckt sich die Auffassung des Städtetages mit der Entschlieung des Preussischen Staatsrats. Der Städtetag hat schon heute ausdrücklich Rechtsverwahrung

gegen die Rechtsfolgen ein, die den Verwaltungsorganen der Städte aus der Durchführung der Verordnung erwachsen können. Der Städtetag verlangt, daß diejenigen Bestimmungen, die den Grundgedanken der Selbstverwaltung, d. h. den Grundgedanken der Verfassung, widersprechen, beseitigt und ausreichende finanzielle Grundlagen für die Erfüllung der lebenswichtigen Aufgaben der Städte geschaffen werden.

Für Herabsetzung der Golddeckung.

Ein Vorschlag von Quesnay.

Der Generaldirektor der Internationalen Zahlungsbank in Basel, Quesnay, hat einen Vorschlag zu einer allgemeinen Herabsetzung der Golddeckung des Notenumlaufs der Zentralbanken ausgearbeitet, der voraussichtlich in der bevorstehenden Verwaltungsratsitzung der Bank am 12. Oktober zur Sprache gebracht werden wird. Das Projekt, über das genaue Einzelheiten noch nicht bekanntgeworden sind, soll vorsehen, daß die Währungseinheiten im Vergleich zum Goldstandard im Werte herabgesetzt werden.

Das hiesige z. B. für Deutschland, daß die Relation Feingold zu Reichsmark, die zurzeit ein Pfund Feingold gleich 1390 Mark entspricht, auf 1600—1700 Mark erhöht würde. Durch diese Herabsetzung der Golddeckung, deren Durchführung natürlich für die Reichsbank nur diskutabel wäre, wenn sich alle Länder, vor allem also auch Frankreich und die Vereinigten Staaten dem Plane anschließen, wäre eine Vergrößerung des Geldumlaufs möglich, ohne daß der Goldmangel einzelner Notenbanken dem entgegenstünde.

Gerüchte, die von einer bevorstehenden Konferenz über die Schuldenfrage und den Weichsekorridor wissen wollen, sind nach Erkundigung an zuständiger Stelle in Washington völlig aus der Luft gegriffen. Washington sei vorläufig nicht geneigt, irgendeine Initiative zu ergreifen.

Die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gegründet.

Am Sonntag wurde in der nach Berlin einberufenen Reichskonferenz, an der 88 Vertreter aus dem Reich, darunter gewählte Vertreter aus 25 (von insgesamt 32) Bezirken der Sozialdemokratischen Partei und eine Reihe von Gästen teilnahmen, die „Sozialistische Arbeiterpartei“ gegründet. Zu gleichberechtigten Parteivorständen wurden gewählt: die Abgeordneten Seydewitz, Doktor Rosenfeld und Ströbel. Außerdem in den Parteivorstand Abgeordneter Portune, Dr. Eßlein-Breslau, Zweifling-Plauen und Frau Dueby. Zu der Gründungsversammlung hatten die Unabhängige Arbeiterpartei Englands und der ehemalige Reichstagsabgeordnete Ledebour Begrüßungsschreiben gesandt. Ledebour hat seinen und seiner Freunde Anschluß an die neue Partei in sichere Aussicht gestellt. Annahme fand ein Aktionsprogramm, das eine scharfe Abgrenzung der neuen Partei gegenüber der SPD. und der KPD. enthält.

Die Reichstagsfraktion beschloß ferner, ein Manifest zu erlassen, in dem es u. a. heißt: Wir sehen heute die Kapitulation der Sozialdemokratie vor dem kapitalistischen Klassenstaat, auf der anderen Seite die kommunistische Revolutionspolitik, die die Massen von einer Enttäuschung in die andere treibt. Die Sozialistische Arbeiterpartei steht im schärfsten Gegensatz zum bürgerlichen Klassenstaat und sieht die Vorbedingungen zum Sturze der kapitalistischen Klassenherrschaft in der Antinomie an die Tagesnot und der Zusammenfassung der vereinigten proletarischen Kämpfer zur marxistisch geführten Aktion der ganzen Klasse.

Bockhorst eine neue Gemeinde.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist durch Beschluß des Preussischen Staatsministeriums mit Wirkung vom 1. Oktober 1931 der Ortsteil Bockhorst von der Landgemeinde Eßterwegen, Kreis Hümmling, abgetrennt und aus ihm eine neue Landgemeinde mit dem Namen Bockhorst gebildet worden.

Roggenwährungsscheine.

Nachdem die Kreislandbünde von Köslin und Puckitz in Ostpommern Roggenwährungsscheine in Höhe von 21 Mark, 10,50 Mark und 5,25 Mark herausgegeben haben, die als Wechsel- und Bedarfsgehalt dienen sollen, beabsichtigen jetzt auch die Kreislandbünde in der Neumark und der Grenzmark ähnliche Befehlsgeldscheine herauszugeben.

In Ostpommern haben sich der Zinnungsausschuß und der Handwerkskammerverein von Köslin für die Annahme solcher privaten Geldscheine entschieden.

Die politische Betätigung von Beamten.

Die Polizeioffiziere bei Severing.

Im preussischen Ministerium des Innern fand eine Besprechung Severings mit den Vertretern der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens statt. Gegenstand der Konferenz war die Ausarbeitung einer Denkschrift über berufliche Fragen der Polizei. Der Minister nahm dabei Gelegenheit, erneut seinen Standpunkt über die politische Betätigung von Beamten darzulegen und darauf hinzuweisen, daß gerade bei der Schutzpolizei der Staat die Gewißheit haben müsse, daß die Beamten nicht republikfeindlich eingestellt seien. Die Nichtbeförderung zweier Polizeioffiziere, die in der Berufsorganisation zum Gegenstand einer Aussprache gemacht worden war, hatte offenbar dem Minister Veranlassung zu diesen Darlegungen gegeben.

Französische Einladung nach London.

Programm der Pariser Besprechungen.

Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand und Finanzminister Flandin haben, wie eine amtliche Londoner Meldung besagt, den englischen Außenminister Lord Reading zu einer Aussprache über die allgemeine Lage nach Paris eingeladen. Lord Reading beabsichtigt, sich am Dienstag morgen nach Paris zu begeben. Der Besuch wird für den britischen Außenminister die erste Gelegenheit seit seinem Amtsantritt sein, mit den französischen Ministern persönlich in Fühlung zu treten.

Die jüngsten sowohl als auch die kommenden Ereignisse — der französische Besuch in Berlin und der kommende Besuch in Washington, die Entwicklung in Genf hinsichtlich der Abrüstungsfrage und die kürzlichen Ereignisse finanzieller und wirtschaftlicher Natur — machen persönliche Erörterungen im gegenwärtigen Augenblick wünschenswert. Die Einladung an Lord Reading wird in London allgemein begrüßt.

Das entwertete Pfund.

Nachlassen der Arbeitslosigkeit. — Zunahme des Exportgeschäfts.

Eine englische Zeitung bringt eine Zusammenfassung über die Belebung der englischen Industrie nach dem Fallenlassen des Goldstandards in England. Besonders günstig macht sich die Entwertung des Pfundes im Schiffahrtsgeschäft, im Kohlenbergbau sowie in der Maschinen-, Woll-, Kunstseide- und Holzindustrie bemerkbar. Die Erwerbslosigkeit ist dadurch z. B. in nordwestlichen Industriebezirk von etwa 21 000 auf 13 865 in den letzten vierzehn Tagen zurückgegangen. Im Gebiet von Lancashire hat das Geschäft in der Baumwollindustrie den besten Stand seit drei Jahren erreicht. Sogar chinesische Bestellungen sind zum erstenmal seit Jahren wieder eingelaufen, und besonders zahlreiche Anfragen für Kunstseide und Baumwollwaren liegen aus Deutschland vor. Ein Großhändler erklärte einem Vertreter des Blattes, daß sein Werk sogar in Schweden, wo auch der Goldstandard vorübergehend außer Kraft gesetzt ist, langsam, aber sicher die gefürchtete deutsche Konkurrenz verdrängt.

Die Anzahl der in den Tyne-Schiffswerften aufgelegten Frachtdampfer hat sich in den letzten Wochen von 153 auf 140 verringert. Es liegen Anzeichen dafür vor, daß das Kohlegeschäft nach dem Goldstandardländern einen weiteren Aufschwung erfahren wird.

Reichsreformtagung des Jungdeutschen Ordens.

Der Jungdeutsche Orden von Rheinland und Westfalen veranstaltete eine Reichsreformtagung in Essen, bei der außer dem jungdeutschen Führer Mahraun auch ein Vertreter des Bundes zur Erneuerung des Reiches und der Frankfurter Reichsreformer A. Weikel sprachen.

Mahraun behandelte die neuen Kampfziele, die der Jungdeutsche Orden aufgestellt habe. Sie fordern, daß die bisherigen unorganischen Ländergrenzen zu beseitigen seien. Das Reich müsse unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten in zwölf Stammeländer gegliedert werden. Als

Grundlage der Volksvertretung

dürften nicht mehr Parteien gelten, vielmehr hätten die von den Staatsbürgern unmittelbar gewählten Gemeindevertretungen ihre staatspolitischen Aufgaben zu übernehmen. Von den Gemeindevertretungen seien die Kreisvertretungen zu wählen, von diesen die Landesvertretungen, die ihrerseits den Reichstag zu wählen hätten. Die Wirtschaft müsse, so forderte Mahraun weiter, in einer Wirtschaftskammer ihre Vertretung finden, die im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Volkswirtschaft planmäßig zu führen habe. Die Großverkehrswirtschaft, die Großkraftwirtschaft und die Rohstoff erzeugenden Industrien müßten aus der privaten Hand in die unmittelbare Wirtschaftsführung des Staates übergeführt werden. Für die Jugendlichen sei eine allgemeine gleiche Volkswirtschaftsdienstpflicht durchzuführen. Die geeigneten

Flächen der Großlandwirtschaft

seien in Bauernland umzuwandeln. Ferner sei die Stadtrandfiedlung in großem Umfang zu fördern. Außer diesen Maßnahmen müsse auch eine deutsche Währungs- und Kreditpolitik der Beseitigung der Arbeitslosigkeit dienen, ohne auf die willkürlichen Gesetze der Goldladung Rücksicht zu nehmen. Schließlich fordern die Kampfziele Mahrauns den Reichspräsidenten von Hindenburg auf, unter Ausschaltung der Parteien eine neue Nationalversammlung einzuberufen, um die Neugliederung sowie die politische und wirtschaftliche Neuordnung des Deutschen Reiches durchzuführen.

Nicht verzweifeln!

Hindenburgs Geburtstagsfeier des Deutschen Reichskriegerbundes.

Auf einem vom Deutschen Reichskriegerbund „Hoffhäuser“ veranstalteten vaterländischen Abend anläßlich des 84. Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg, seines Ehrenpräsidenten, hielt der Vorsitzende des Bundes, General d. Art. a. D. von Horn die Festansprache, in der er u. a. betonte: Trost aller Not, Sorge und verhängnisvollen Verbitterung müssen wir ruhige Überlegung behalten. Wir wollen nicht verzweifeln, denn die Geschichte lehrt, daß gerade verlorene Kriege die Quellen inneren und äußeren Aufstieges sein können. Der Redner betonte dann, daß der Hoffhäuserbund in seinem 84jährigen Ehrenpräsidenten nicht nur den ruhmgeläuteten Feldherrn und Sieger im Weltkriege verehere, sondern den Mann, der Beispiel gab treuester Pflichterfüllung und Opferbereitschaft. Er habe dem deutschen Volk durch sein Vorbild

den Glauben an sich selbst und seine Zukunft wiedergegeben

und in der Welt die Achtung vor dem deutschen Namen wiederhergestellt. Hindenburg wolle nicht herrschen, er wolle seinem Volke in Not dienen und helfen. Deshalb habe sich der treue Diener und Soldat dreier Könige und Kaiser zur Verfügung gestellt und opfere seine letzten Kräfte im Dienste des deutschen Volkes. Auf die schriftlichen Geburtstagswünsche des Hoffhäuserbundes habe der Reichspräsident in einem Telegramm dankend und ausgeprochen, daß das treue Gedenden des Bundes ihn in dieser schweren Zeit besonders wohlthuend berührt habe. Der Redner erinnerte sodann an den Aufruf Hindenburgs vom Neujahrstage 1927. Dieser Appell Hindenburgs an alle Schichten und Parteien des deutschen Volkes, sich in erster Linie von der Rücksicht auf das Gesamtwohl des Vaterlandes leiten zu lassen, habe der Hoffhäuserbund stets zu verwirklichen gesucht.

Das Umzugsverbot in Braunschweig.

Eine Anfrage des Reichsinnenministers.

Der Reichsinnenminister hat auf Beschwerde des Reichsbanners der braunschweigische Regierung gefragt, weshalb mehrfache Beschwerden des Reichsbanners unbeantwortet geblieben seien. Diese Beschwerden bezogen sich auf Umzüge der Nationalsozialisten und des Stahlhelms, die gestattet, während alle anderen Umzüge verboten worden seien.

Wie von unterrichteter Seite bekannt wird, konnte tatsächlich vor einiger Zeit ein Umzug der Sozialdemokratischen Partei wegen des Umzugsverbotes nicht stattfinden. Nach Aufhebung des Verbotes seien nationalsozialistische Umzüge zur Ehrung Schlageters veranstaltet worden. Inzwischen sei jedoch das Verbot wieder in Kraft gesetzt worden. Es sei lediglich Sache der Polizeidirektion der Stadt Braunschweig sowie der Kreisdirektionen im Lande, darüber zu befinden, ob Ausnahmen von dem Verbot gemacht werden könnten. So sei zum Beispiel ein geplant gewesener Umzug von SA- und SS-Leuten in Braun-

schweig gerade so unterjagt worden wie vor kurzem ein solcher des Reichsbanners. Die Polizeistellen hätten von Fall zu Fall zu entscheiden, nicht aber die Regierung.

Kreuzzug der Nächstenliebe.

Eine neue Enzyklika des Papstes.

Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht eine neue Enzyklika des Papstes, die in einem Appell der Bischöfe gipfelt, sich im Hinblick auf den bevorstehenden schweren Winter der Wohltätigkeit besonders zu widmen. In der Enzyklika heißt es: Der Winter nähert sich und mit ihm all die Leiden und Entbehrungen, die die kalte Jahreszeit für die Armen und besonders für die Kinder mit sich bringt. Es ist zu befürchten, daß

die Plage der Arbeitslosigkeit

zunimmt und daß, falls keine Maßnahmen zur Linderung der Not so vieler bereits elender Familien und ihrer verlassenen Kinder getroffen würden, diese, was Gott verhüten wolle, zur Verzweiflung getrieben würden. Der Papst richtet daher an alle, die ein Empfinden für den Glauben und die christliche Liebe haben, einen Appell zu einem Kreuzzug der Nächstenliebe und Unterstützung. Durch Stillung des leidenden Hungers würden auch die Seelen getröstet, das Vertrauen in sie einkehren und die traurigen Gedanken verschwinden, die das Elend gewöhnlich in die Seele präge. Der Kreuzzug der Nächstenliebe werde die Flammen des Hasses und der Leidenschaft löschen und

die Flammen der Liebe und der Eintracht entzünden und zum Frieden und zum sozialen und individuellen Wohlergehen führen. Klar sei, daß nur durch die Großmut der Nationen und die Eingabe der christlichen Seelen und durch Opfer für das Wohlergehen der Brüder und vor allem für die Kinder die ersten Schwierigkeiten der gegenwärtigen Stunde überwunden werden könnten. Da

das ziellose Wettstreiten

ohne Zweifel zum Teil eine Folge der Eifersucht der Völker sei, andererseits aber riesige Ausgaben verursache, die dem Volkvermögen entzogen würden und so zur Krise beitragen, könne sich der Papst nicht enthalten, die Warnung seines Vorgängers zu wiederholen und zu bedauern, daß diese bisher noch nicht berücksichtigt worden sei. Der Papst fordert alle Bischöfe auf, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, der Predigt und der Presse die Gewissen zu erwecken und die Herzen zu öffnen für die Gebote der Vernunft und des christlichen Gesetzes.

Gandhis Geburtstag.

Festmahl: Obst und Trinkwasser.

„Mahatma“ Gandhi, der indische Volksführer, feierte in London seinen 63. Geburtstag und hatte aus diesem Anlaß 500 englische und indische Gäste, unter ihnen zahlreiche arbeiterteiliche Abgeordnete und Mitglieder der indischen Kolonie in London, in ein Restaurant in der City zu einem Abendessen eingeladen: es gab aber nur Früchte und Wasser. Als besonderes Geburtstagsgeschenk wurde ihm ein altenglisches Spinnrad überreicht, nachdem ihm bereits am Vorabend des Geburtstages über 10 000 Mark geschenkt worden waren, die er zum Ankauf von weiteren Spinnrädern für die indische Dorfbewohner verwenden will.

Neue Unruhen in Glasgow.

Zahlreiche Verhaftungen.

In Glasgow, wo es in der letzten Zeit sehr unruhig war, ist es zu schweren Ausschreitungen gekommen, an denen sich etwa 10 000 Arbeitslose beteiligten. Trotz Demonstrierensverbotes und starker Polizeikreife bildeten sich an vielen Stellen der Stadt Demonstrationzüge mit roten Fahnen.

Schaufenster wurden eingeschlagen und Stiefel, Bücher, Uhren und Kleidungsgegenstände auf das Pflaster geschleudert. Die Polizei, die energig eingriff, wurde wiederum mit Flaschen, Marmeladendosen und Steinen beworfen. 49 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Zahlreiche Frauen beteiligten sich an den Unruhen. Veritene Polizei war ununterbrochen tätig, um eine weitere Ausdehnung der Unruhen zu verhindern. Erst nach mehreren Stunden konnte die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt werden.

Eine Bank schließt die Schalter.

Zahlungseinstellung der Bank für Handel und Gewerbe in Leipzig.

Die Bank für Handel und Gewerbe in Leipzig hat ihre Schalter geschlossen. Es wird ein gerichtliches Moratorium für ein Jahr angestrebt. Vielleicht ist es noch möglich, durch Anlehnung an eine andere Bank eine Wiedereröffnung der Schalter herbeizuführen. Der Grund der Zahlungseinstellung wird auf die hohen Rückzahlungen von Spargeldern und auf die vielfachen Einlageföndigungen (diese allein über zwei Millionen Mark) zurückgeführt. Die Depots sind in Ordnung. Das Aktientapital beträgt zwei Millionen Mark.

Flugzeugabsturz in Bremen.

Auf dem Bremer Flugplatz „ürzte ein Flugzeug der Fliegerschule Braunschweig, das sich mit zwei anderen auf einer Prüfungsfahrt nach Bremen befand, ab und wurde schwer beschädigt. Der Führer, ein chinesischer Flugschüler, kam mit unerheblichen Verletzungen davon. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß der Flugzeugführer den Landeplatz verwechselte und mit Rückenwind niedergehen mußte.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 5. Oktober 1931.

Die Not der Zeit fordert Barzahlung.

Die schwere wirtschaftliche Lage und die Geldkrise haben dazu geführt, daß die Lieferanten der selbständigen Handwerksmeister ihre Verkaufsbedingungen erheblich verschärften. Es wird jetzt durchweg Barzahlung bei Lieferung gefordert.

Für den selbständigen Handwerkerstand bedeutet dies eine neue Existenzgefährdung, weil die Auftraggeber des Handwerks Barzahlung nur in den seltensten Fällen leisten. Auf der einen Seite also wird von dem Handwerker verlangt, daß es Material und Löhne sofort bezahlt, auf der anderen Seite wird ihm als selbstverständlicher zugemutet, daß es mit der Bezahlung für seine Leistungen warten kann. In der herrschenden Notzeit wird dadurch die Existenz vieler Handwerksbetriebe in Frage gestellt. An alle Arbeitgeber des Handwerks, Behörden, Hausbesitzer, Private ergeht hiermit die dringende Bitte, Hand-

Währung und Wirtschaft.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Der Gedanke, in Staat und Wirtschaft auf der Ausgabenseite Einsparungen bis zum äußersten zu machen, findet überall völlige Zustimmung. Nur wird man sich dabei nicht der Einsicht verschließen dürfen, daß Sparmaßnahmen allein die Wirkung der fortschreitenden Deflation nicht auszugleichen vermögen und daß mit einem immer neuen Bruchlegen von Arbeitskräften die Ertragsfähigkeit der Gesamtwirtschaft nicht zu heben ist. Vielmehr wird — unabhängig von der für Deutschland wichtigen Frage nach den Möglichkeiten nachhaltiger Selbstkostenverbilligung — zu beachten sein, daß konjunkturgeschichtlich wohl nur in den Ansätzen zu einer Preisbesserung, nicht dagegen in den Symptomen eines noch andauernden Preisabstiegs der Ausgangspunkt für eine vertrauensvollere Beurteilung der Wirtschaftszukunft zu erblicken ist. Die Gesamtindizes der deutschen Großhandelspreise ist, wie der Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung ausführt, auch in den letzten Wochen langsam weitergefallen. Die Preise der Konsumgüter (Hausrat und Kleidung), die zum großen Teil aus ausländischen Rohstoffen mit börsenmäßiger Preisbildung hergestellt werden, sind dagegen beschleunigt gesunken. Die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind im ganzen gleichfalls gesunken (dabei haben sich saisonmäßige Preisrückgänge für Kartoffeln und saisonbedingte Preisrückgänge für Vieh und Vieherzeugnisse in der Indexziffer zum Teil ausgeglichen). Zwar hat sich der Preisrückgang auf einzelnen Teilgebieten erheblich langsamer durchgesetzt, als man vielfach erwartet hatte, aber es ist anzunehmen, daß die Anpassung der Preise an die veränderte Kreditlage noch nicht überall abgeschlossen ist, zumal die Auswirkungen der Kreditkrise auf die Betriebsmittel der Unternehmungen noch nicht in vollem Umfange in Erscheinung getreten sind. Andererseits hat die Tatsache, daß sich der Preisdruck nicht ruckartig, sondern nur allmählich durchsetzt, sowohl für die Schuldner als auch für die Gläubiger gewisse Vorteile: Zweifellos sind vorerst zahlreiche Zusammenbrüche vermieden worden, die bei einer plötzlichen Entwertung der Warenvorräte kaum zu umgehen gewesen wären.

Zurzeit hängen die Aussichten einer internationalen Kreditbelebung in der Hauptsache von den Bemühungen um Kreditausweitung und damit gleichbedeutend von der Beschaffung entsprechenden Geldkapitals ab. Die beengte Kreditlage muß sich um so stärker auf die Produktions- und Absatzgestaltung auswirken, als der Preisstand allgemein in währungstechnischer Hinsicht unter dem Einfluß der Goldsituation steht. Hier hat gerade in jüngster Zeit Professor Cassel darauf aufmerksam gemacht, daß auf Grund der Goldverlagerungen nach Frankreich und den USA die übrigen maßgebenden Weltwirtschaftsstaaten in den letzten drei Jahren unter Berücksichtigung des normalerweise notwendigen jährlichen Goldzuges insgesamt einen Goldverlust von rund 25 Prozent erlitten haben, was sich als Goldwertsteigerung in dem bekannten, ebenfalls auf etwa 25—30 Prozent geschätzten durchschnittlichen Preisverfall der Waren ausdrückt. Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt man nach den Feststellungen des Statistischen Amtes, das beispielsweise für das erste Halbjahr 1931 eine Zunahme der monetären Goldbestände in Höhe von 1,3 Milliarden Mark errechnet, der gegenüber die Goldherzeugung um rund 400 Millionen Mark zurückbleibt. Ein solches Mißverhältnis zwischen verfügbarem Goldmenge, Zahlungsmittelumsatz und Kreditvolumen auf der einen Seite und Sachvermögen sowie Arbeitskapazität auf der anderen Seite, vertieft noch durch die transformierte Aufspeicherung von eigentlich für den Verkehr bestimmten Geldzeichen, lastet nicht allein zins- und preispolitisch, sondern vielleicht noch stärker als rein stimmungsmäßiger Druck auf der internationalen Wirtschaft und löst fortwährend entsprechende private und öffentliche Zahlungseinstellungen aus. Als eine andere auffällige Erscheinung dieser für die Gegenwart wirtschaftlich unnatürlichen Situation charakterisiert sich die bereits mehrfach gemachte Beobachtung, den Schwierigkeiten der Kapitalbeschaffung für Absatzwecke durch ein Wiederauflebenlassen des unmittelbaren Tauschhandels in Waren zu begegnen. Es sei nur erinnert an die Meldungen über die beabsichtigte Lieferung von amerikanischem Weizen gegen brasilianischen Kaffee bzw. von englischer Kohle gegen ägyptische Baumwolle oder gar von chilenischem Salpeter gegen russisches Petroleum. Darum wird stärker denn je die Forderung zu erheben sein, auf dem Wege internationaler Vereinbarungen schnellstens zu einer gemeinsamen Lösung des Gold- und Währungsproblems zu gelangen, die es ermöglicht, Güter- und Kapitalverkehr wieder nach wirtschaftlichen Gesetzen sich vollziehen zu lassen.

Die Gefahr der viehlosen Wirtschaften.

Bericht der Viehzentrale G. m. b. H., Berlin-Friedrichsfelde.

Die Befürchtung, daß sich die Lage auf dem Vieh- und Fleischmarkt bei Beginn des Weideabtriebes noch weiter verschlechtern würde, ist zur Tatsache geworden. Die Preise für Rinder haben einen katastrophalen Rückgang auf der ganzen Linie in einem Ausmaß erfahren, der alle Erwartungen übertraf.

Die Verluste der Mäster und Züchter

übersteigen alles bisher Dagewesene, demgegenüber die getrocknete Milchsäure fast vollständig versagte. Die Marktpreise für Schlachtrinder liegen zurzeit um rund 20 Mark — über 35 Prozent niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch im Vergleich zu 1913 beträgt der Rindererlös rund ein Drittel. In gleicher Weise wirkte sich der Preisrückgang auf Zuchtmaterial aus. Die Aufzucht auf den Rinderschlachtmärkten waren durchweg höher als im Vorjahre, überstiegen diejenigen von 1913 um fast 25 Prozent! Demgegenüber blieb infolge der steigenden Arbeitslosigkeit der Bedarf weit zurück, trotzdem das billige Rindfleisch in erhöhtem Umfange

als Wurst verarbeitet wurde.

Die Preise sind bereits so niedrig, daß man geneigt ist anzunehmen, daß

der Tiefstand jetzt erreicht

ist, weil nicht mehr viel passieren könne. Man hofft — wenigstens im Mästerkreise — daß sich in Zukunft die Rindermaße etwas lohnender gestalten wird.

Nicht viel günstiger gestaltet sich die Marktlage für Schafe, wenn auch hier der Preisrückgang nicht ganz so tief in Erscheinung trat, zumal auch die Preise für Wolle etwas angezogen haben.

Bereinigte Eisenhandlungen Gevelsberg in Konkurs.

Die Gläubigerversammlungen bringen Aufschluß über die eigenartige Gründung der Gesellschaften. — 160 000 RM Vermittlungsgebühren.

Bereinigte Eisenhandlungen G. m. b. H.

In der am Samstag vormittag in Schwelm stattgefundenen Gläubigerversammlung in der bekannten Konkursaffäre erstattete der Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Frowein-Elberfeld einen umfassenden Bericht über die gesamte Lage, insbesondere über die Verhältnisse bei den Vereinigten Eisenhandlungen GmbH. Aus der Gründungsgeschichte der Vereinigten Eisenhandlungen interessiert die Tatsache, daß das Gesellschaftskapital nach mehrfachen Erhöhungen im Jahre 1929 auf 500 000 RM festgesetzt wurde. Im Jahre 1930 erfolgte dann zum Zwecke der besseren Finanzierung die Gründung einer Aktiengesellschaft, die mit einem Kapital von 2 500 000 RM ausgestattet wurde. Bereits bei dieser Gründung erstand der G. m. b. H. bei Übertragung der Werte an die A.-G. ein Verlust von 500 000 RM. Aus dem Status, den der Konkursverwalter vorlegte, ergibt sich, daß den Kreditoren in Höhe von 3 500 000 RM nur ca. 350 000 RM sichere Aktiva gegenüberstehen. Diese Aktiva bedürfen noch einer endgültigen Feststellung, womit die Verwaltung zurzeit beschäftigt ist. Als sicherer Posten hierunter erscheint noch die Haftsumme der Gesellschafter aus Geschäftsanteilen in Höhe von 260 000 RM. Kreditoren: 201 000 RM echte Darlehen, 1 664 000 RM Schulden an die B. E. A. G., aus Kontokorrentverkehr, 1 545 000 RM Schulden an die B. E. A. G., aus Übernahme der Aktien, ein Posten Giroverpflichtungen in nicht bekanntgegebener Höhe, 180 000 RM Standardaktien, 130 000 RM Rücknahmeverpflichtungen an Aktieninhaber, insgesamt 3,5 Millionen RM. Eine Verwertungsmöglichkeit der Grundstücke und Gebäude ist noch unbestimmt.

Die Konkursverwaltung wurde in Rechtsanwalt Dr. Frowein-Elberfeld bestätigt, der Gläubigerauschuß aus den Herren Dr. Kinzins-Bagen, Rechtsanwalt Hof-Elberfeld, Direktor Volkmann-Siegen zusammengefaßt. Im übrigen wurde Rechtsanwalt Frowein weitestgehend bevollmächtigt.

Bereinigte Eisenhandlungen, A.-G.

In der heute im Anschluß an die Versammlung der Vereinigten Eisenhandlungen G. m. b. H. in Schwelm stattgefundenen Gläubigerversammlung legte der Konkursverwalter Dr. Kinzins einen ausdrücklich als vorläufig bezeichneten Konkursstatus dieser Gesellschaft per 2. Sept. 1931 vor. In dieser Aufstellung erscheint das Vermögen der Gesellschaft soweit es noch als einigermaßen sicher bezeichnet werden kann, mit einem Betrage von RM 1 369 506 (gegenüber dem Buchwert von 4 791 444 RM). Unter diesen Aktiva kommen nur die marktgängigen Waren, einzelne wertvolle Produktionsmaschinen, sowie ein größerer Posten angeblich der Debitoren in Höhe von 1 193 941 RM als sicher bezeichnet werden. Diesen Aktiva stehen nichtbedingte Forderungen in Höhe von 4 133 408 RM gegenüber, die sich auf nicht weniger als 2100 Lieferantenkonten verteilen. Dabei hatte die Gesellschaft höchstens 400 Abnehmer. Ueber den Verkauf der marktgängigen Waren konnte der Konkursverwalter nichts endgültiges mitteilen, jedoch versucht man, diese Bestände möglichst en bloc zu verkaufen. Das Kritische an den guten Forderungen ist

Nachdem infolge der schlechten Milchpreise mehr Käse aufgezogen wurden als in früheren Zeiten, gestalten sich die Zufuhren auf dem Käsemarkt ebenfalls in steigender Richtung, so daß der Preisrückgang ziemlich scharfe Formen annahm. Der Verlust im September betrug 4 bis 5 Mark per Zentner.

Eine etwas günstigere Entwicklung nahm

der Markt für Schweine,

die sich entgegen allen Prophezeiungen im Gegensatz zu den anderen Viehgattungen „gehalten“ haben. Für schwere fette Ware, deren Herstellung bekämpft wurde, bestand steigende Nachfrage. Über die Ursachen steigender Nachfrage nach fetten Schweinen sind die Meinungen geteilt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die vielen — mageren — oder noch nicht schlachtreifen jungen Ferkeln mangels anderweitiger Verwendung zu Wurst verarbeitet wurden, wozu bekanntlich Fett und Speck benötigt werden.

Sollte die Produktion an Ferkeln eine weitere Ausdehnung erfahren, so müßte heute schon Vorsorge getroffen werden, 10—20 Prozent der zuviel produzierten Ferkel nicht erst bis 160 Pfund zu mästen, dieselben vielmehr „rechtzeitig“ von der Mast auszuschließen, um nicht unnötig Futter zu verschwenden. Je mehr zu leichte Schweine bis 160 Pfund in unrentabler Weise gemästet den Schlachtmärkten zugeführt werden, um so größer wird der Druck sein, den diese in den Monaten, in denen die Zufuhren bekanntlich den Bedarf auch in normalen Zeiten übersteigen, auf die übrigen im Preise ausüben.

Die Zinsverbilligung von vier Prozent

bedeutet im besten Falle eine Verbilligung der Mast um fünf Mark pro Kind. In der abgelassenen Mastperiode haben fast alle Mäster pro Kopf Rindvieh bis 150 Mark — 40 Prozent, also fast das Zehnfache, in bar verloren! Die vorjährigen Verluste bei der Viehmast haben zur Einstellung vieler Mastbetriebe geführt, so daß sich andererseits

die viehlosen Wirtschaften

von Tag zu Tag mehr, eine Erscheinung, die sehr bedenklich ist und die unbedingt durch entsprechende rechtzeitige Maßnahmen der Regierung beseitigt werden muß, wenn nicht die zukünftige Fleischversorgung gefährdet werden soll.

Auf dem Zucht- und Nutzviehmarkt war eine weitere Verschlechterung festzustellen. Auf dem Ferkel- und Läufermarkt war die Tendenz sehr verschieden. Gegen Schluß des Monats sind auch die Preise für Läufer weiter gewichen und es steht zu erwarten, daß bei rückgängigen Schlachtpreisen die Preise für Ferkel und Läufer einen weiteren Druck erfahren und keine Aussicht auf eine Besserung bieten.

Der Würgengel der Kinder.

Gibt es einen Schutz gegen Diphtherie?

In Dresden tagten die Kinderärzte. Eins der wichtigsten Themen, das bei ihren Verhandlungen zur Sprache kam, betraf die Diphtherie, die man früher den „Würgengel der Kinder“ genannt hat, weil die Kinder weit häufiger von ihr befallen werden als die Erwachsenen. Seitdem von Behring 1893 das Diphtheriehefserum entdeckt

die Tatsache, die von Rechtsanwalt Dr. Klein ausführlich begutachtet wurde, daß an diesen eine Reihe von Eigentumsvorbehalten hängt, die infolge ihrer überaus juristisch komplizierten einer ganz eingehenden Prüfung bedürfen, da unter Umständen alle Lieferanten Eigentums- und Aussonderungsrechte geltend machen. Die bereits in der letzten Gläubigerversammlung aus Kreisen der Lieferanten erhobenen Vorwürfe gegen die Verwaltung bei Gründung der Gesellschaft „Edardt“ wurden heute eingehend von der Konkursverwaltung dargestellt. Bei Gründung dieser Gesellschaft, die von den Vereinigten A.-G. mit einer luxuriösen Kapitalausstattung vorgenommen wurde, erhielten u. a. die Herren Dr. Thomashof und Van den Daele (Van den Daele & Sohn, Düsseldorf) einen Barbetrag von RM 160 000 für ihre Bemühungen. Demnach müßte die Tätigkeit dieser Herren eine außerordentlich umfangreiche gewesen sein. Als Ursache des Zusammenbruchs bezeichnete Dr. Kinzins die außerordentliche Höhe der zweifelshaften Debitoren mit ca. 2 Millionen RM, die unsichersten Forderungen an die G. m. b. H., „Edardt“ usw. in Höhe von 1,7 Mill. RM, sowie die Tatsache, daß die Firma über ihre Verhältnisse hinaus und über den Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu rasch aufgezogen worden sei. Bei der Aufstellung der letzten Bilanz seien erhebliche Unklarheiten in der Bewertung der Aktiven festgestellt, die zu dem bekannten Untersuchungsverfahren gegen Direktor Lippold geführt haben. Am 31. Januar 1931 wurde noch eine 6prozentige Dividende aus dieser falschen Gewinnbilanz ausgeschüttet, was nur möglich war, weil 900 000 RM faule Debitoren als sicher eingestuft worden waren und auch sonst die Grundzüge eines vorsichtig bilanzierenden Kaufmannes erheblich verletzt wurden.

Von den bisherigen 80 Angestellten der Firma wurden 55 entlassen.

Zum Schluß der Versammlung richtete Rechtsanwalt Dr. Klein einen Appell an die Debitoren, die Zahlungen an die A.-G. unverzüglich wieder aufzunehmen und erklärte namens der Konkursverwaltung, daß diese eine vollverantwortliche treuhänderische Verwaltung der aus den Eigentumsvorbehalten fristigen Gelder vornehmen werde.

Dieser Appell wurde durch die Fachverbände der Lieferanten, die zunächst mit den Schuldnern Hand in Hand gegen die Konkursmasse gearbeitet hatten, nunmehr unterstützt. Außerdem wurde die Schaffung einer Vorprüfstelle für alle diese Fragen beantragt. Deren Entscheidungen sollen auf alle Fälle für die Konkursmasse verbindlich sein (Schiedsgericht mit einstelliger Bindung), den Lieferanten soll eventuell im Wege der Sprungrevision zum Reichsgericht in einem für sie ungünstigen Ausgang Klagemöglichkeit offen gehalten werden.

Dr. Kinzins wurde als Konkursverwalter bestätigt, außerdem ein elfköpfiger Gläubigerausschuß, bestehend aus den Herren Generaldirektor Eiden-Gevelsberg, Dr. Legers-Hemscheid, Direktor Smith-Hale und Town-Velbert, Dr. Gander-Elberfeld, Rechtsanwalt Kronstein-Mannheim, Direktor Blum-Dillenburg, Robert Mankel-Gevelsberg, Rob. Brill-Barmen, Direktor Drow-Velbert, Direktor Stöllein-Hildesheim, C. W. Bauer-Cronenberg gewählt. Im übrigen ist das Geschäft der Firma, wie auf Anfrage ausdrücklich erklärt wurde, geschlossen, da man nicht die Absicht habe, ein zweites B. E. Gevelsberg entstehen zu lassen.

worden ist, ist man in der Lage, den Krankheitsprozeß wirksam zu bekämpfen und die schädlichen Wirkungen des Diphtheriegiftes zu paralisieren. Es fragt sich nun, ob man die Diphtherie wie andere Infektionskrankheiten durch eine vorbeugende Schutzimpfung (gleich der Pockenimpfung) bekämpfen, d. h. ob man Unempfindlichkeit (Immunität) gegen Diphtherie erzielen kann.

In Dresden standen sich verschiedene Ansichten gegenüber. Professor Bürger-Königsberg glaubt, daß die Unempfindlichkeit gegen Diphtherie bis heute noch nicht sicher bewiesen sei. Die Natur des Giftes, das die Diphtherie verursacht, sei noch nicht restlos geklärt. Auch die sogenannte „Schid-Probe“, d. i. eine Prüfung der Haut auf Diphtherieempfindlichkeit, sei keine ganz sichere Sache. Von fast sieben Millionen angeblich empfänglicher Kinder seien nur 36 000 erkrankt. Andererseits seien bei unempfindlich gemachten Kindern zahlreiche Ansteckungen vorgekommen. Sicher ist, daß eine absolute Unempfindlichkeit durch die Schutzimpfung nicht erzielt wird. In Deutschland sei die Bevölkerung im allgemeinen gegen jede Einspritzung, so daß die Einführung einer allgemeinen Schutzimpfung gegen Diphtherie nicht in Frage komme.

Diesen Ausführungen gegenüber erklärte Professor Schid-Newport, der Befürworter der erwähnten „Schid-Probe“, daß in Amerika die Diphtherieschutzimpfung mit Begeisterung aufgenommen und durchgeführt worden sei. Alle Infassen von Kinderheimen, Waisenhäusern usw. würden geimpft, und Diphtheriefälle kämen dort nicht mehr vor. Allerdings müßte das Impfpräparat einwandfrei sein. Die Statistik lehre ein entschiedenes Absinken der Diphtherieerkrankungen. Millionen von Einspritzungen hätten die Unschädlichkeit des Einspritzmittels erwiesen. Es sei noch erwähnt, daß die Ansteckung bei Diphtherie von Mensch zu Mensch erfolgt, durch Anhaften usw.

Einlaß aller Kräfte für den Winter.

Tagung der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Auf einer zahlreich besuchten Tagung der Deutschen Nationalen Volkspartei für Westfalen-Ost und beide Lippe, die in Bielefeld unter Leitung des Landesverbandsführers Präses D. Koch, M. d. R. und M. d. L., abgehalten wurde, berichtete der stellvertretende Landesverbandsvorsitzende Dr. Heppel-Gütersloh über den deutschnationalen Reichsparteitag in Stettin, der das Bild einer zum Kampf entschlossenen und geschlossenen Partei macht unter der Führung Hugenburgs gegeben habe. Besonders eindrucksvoll sei die überaus starke Beteiligung der Arbeiterschaft und der Jugend gewesen. Abg. D. Koch betonte, daß Hugenburgs weltpolitisches Programm, in dem nicht der Parteiführer, sondern der Staatsmann zur Weltöffentlichkeit gesprochen habe, durch die inzwischen eingetretene englische Krise eine erneute Bestätigung erfahren habe. In einer regen Aussprache wurde von Vertretern der Landwirtschaft, der Frauen, der Arbeiterjugend und der Beamten der Einlaß aller Kräfte im Dienste der nationalen Idee für die entscheidungsschweren Monate des kommenden Winters zugesichert.

„weiterleistungen“ stets gegen Barzahlung entgegenzunehmen. Wer den Handwerksmeistern das verdiente Entgelt vorenthält, trägt dazu bei, den gewerblichen Mittelstand zu vernichten. Er macht sich mit verantwortlich an den Verzweiflungshandlungen, die in Handwerkreisen einen erschreckenden Umfang angenommen haben.

Milder Winter, trockener Sommer.

Man sollte es nicht für möglich halten: der Herbst ist kaum bei uns warm geworden und wir in ihm noch lange nicht, und schon haben sich gelehrte Leute zusammengetan, um zu ergründen, wie der kommende Winter sein wird. Bis aufs Tüpfelchen über dem i sind sie damit fertig und mit sich selbst im reinen. Das ginge ja schließlich noch an, denn der Winter ist immerhin nur noch ein paar Wochen von uns entfernt. Aber was sagt ein Mensch dazu, daß auch über den Sommer des nächsten Jahres die Alten bereits geschlossen sind! Ganz genau erfahren wir, wie er sich gestalten wird, und wer klug und besonnen ist, macht jetzt schon seine Ferienreiseläne. Der Sommer 1932 wird sie nicht zerstören — höchstens am Gelde, das man nicht haben wird, könnten sie scheitern.

Der Sommer 1932 wird nämlich ein Frachtsommer sein — gerade das Gegenstück zum oder vom Sommer 1931, den wir schauernd miterlebt haben. Die Wettergelehrten rechnen folgenbermaßen: Regen haben wir nun nachgerade genug gehabt, und es muß — Erfahrungen aus früherer Zeit lassen das als wahrscheinlich erscheinen — schließlich einmal aufhören zu regnen. Nun folgt aber auf Regen durchaus nicht immer Sonnenschein, sondern manchmal auch Kälte. Die Kündigen meinen nun, daß der Regen dieses Herbstes durch Frostwetter abgelöst werden, und daß die Kälte bis tief in den Dezember hinein dauern werde. Dann aber, ja dann kommt die große Umwälzung: der Winter wird so ziemlich erledigt sein! Woraus sich das ergibt? Es ergibt sich daraus, daß auf gleichfalls regnerische Winter folgen, und kühler als der eben verfllossene kann ein Sommer wohl nicht gut sein. Wir werden also den Regen vom Sommer in den Wintermonaten des neuen Jahres in neuer Auflage zugemessen bekommen, und dann kommt ein zeitiger Frühling. Sind wir mit der Bitterung aber erst so weit, so wissen wir bereits, wie es weiter wird. Auf den zeitigen Frühling folgt nämlich meist ein heißer, trockener Sommer. So ist es früher immer gewesen, so soll es wieder werden, und die Gelehrten meinen nur, daß sie sich bei ihren Berechnungen vielleicht um ein Jahr geirrt haben können, und daß wir den heißen, trockenen Sommer erst 1933 kriegen. Auch damit wird man zufrieden sein müssen — die Hauptsache ist ja, daß wir überhaupt einmal einen Sommer bekommen!

— **Wahlen zur Landwirtschaftskammer.** In der öffentlichen Sitzung des Wahlausschusses wurden nachstehende Wahlvorschläge zugelassen: 1. Wahlvorschlag. Kennwort Dunkel, Landwirt Hermann Dunkel in Gut Wermede bei Herscheid, Landwirt Friedrich Wilhelm Clever in Ennepe b. Halber, Landwirt Karl Becker in Erkels b. Ohle, Landwirt Friedrich Wilhelm Helmes in Ingemeterhammer b. Balbert. — 2. Wahlvorschlag, Kennwort: Plate. Landwirt Max Plate in Hellen b. Lüdenscheid, Landwirt Karl Werdes in Leinschede b. Plettenberg, Landwirt Gust. Schriever in Schlachtenrade b. Anschlag, Landwirt Otto Junker in Nordhellen bei Meinerzhagen. Wahlberechtigt ist nur, wer in der Wählerliste aufgeführt ist. Der Wähler darf auf dem Stimmzettel nur einen Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, ankreuzen oder in sonstiger Weise kenntlich machen; andernfalls ist der Stimmzettel ungültig. Die Wahlen finden am 11. Oktober statt.

— **Lebensversicherungsaufwertung.** Nach den Geschäftsberichten für 1930 konnte eine Reihe von Lebensversicherungsgesellschaften eine Erhöhung der Leistungen aus den beitragsfreien Todesfallversicherungen, welche unter Verwendung des Aufwertungsanteils als Einmalprämie gebildet wurden, vornehmen. So verteilt z. B. die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft a. G. (Alte Leipziger) im Jahre 1931 einen Gewinnanteil in Höhe von 11% der Prämienreserve per 31. 12. 1930, wogegen die Karlsruher Lebensversicherungsbank A.-G. sämtliche ab 1. 1. 1931 fällig werdenden Versicherungssummen und Renten sowie alle ausstehenden Rücklaufwerte um 15% erhöht. Bei der Gothaer Lebensversicherungsbank konnte die Zuschußquote ab 1. 1. 1931 auf 25% der Prämienreserve bzw. der Versicherungssumme, bei der Germania zu Stettin auf 15% der Goldmarkreserve gesteigert werden. Die Norddeutschen Lebensversicherungsbank A.-G., welche den Bestand der Aktiengesellschaft für Lebens- und Rentenversicherung übernommen hat, gewährt auf alle am 1. 1. 1931 in Kraft befindlichen Aufwertungsversicherungen eine garantierte Erhöhung von 15% der Versicherungssumme bzw. der Prämienreserve (im Vorjahre 10%), während sich der Gewinnanteil auf 5% der Prämienreserve bezieht. Ferner verteilt die Concordia Lebensversicherungsbank A.-G. auf die beitragsfreien Todesfall- und Rentenversicherungen, welche aus Aufwertungsanteilen herrühren, im Versicherungsjahr 1930-31 und 1931-32 einen Gewinnanteil in Höhe von 33 1/3% des Anspruchs. — Nicht genehmigt wurden bisher, soweit private Lebensversicherungsanstalten mit größerem Bestand in Betracht kommen, die Teilungspläne für die aufzuwertenden Lebensversicherungen der Victoria zu Berlin sowie der Guardian Lebensversicherungsgesellschaft von Amerika (früher New Yorker Germania). Interessenten erhalten auf Wunsch gegen Einzahlung des doppelten Briefportos vom Schutzverband der Lebens- und Feuerversicherer e. V., München 13, Neureutherstraße 13, kostenlos ein Druckstück zugesandt, das nähere Einzelheiten über die Lebensversicherungsaufwertung enthält.

— **Konturje und Vergleichsverfahren im September.** Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im September 1931 durch den Reichsanzeiger 1341 neue Konturje — ohne die wegen Massenmangels abgelehnten Anträge auf Konturseröffnung — und 743 eröffnete Vergleichsverfahren bekannt gegeben. Die entsprechenden Zahlen für August 1931 stellen sich auf 1065 bzw. 607.

— **Stadttheater Hagen. Jubiläumswoche anlässlich des 20jährigen Bestehens des Theaters 5. bis 10. Oktober 1931.** Montag, 5. Oktober 19 1/2, Ende 22 1/2 Uhr, „Die Fledermaus“, Operette. Dienstag, 6. Oktober 18 1/2, Ende etwa 23 1/4 Uhr, „Die Meistersinger von Nürnberg“, Oper. Mittwoch, 7. Oktober, 20, Ende etwa 23 Uhr Neueinstudierung, „Prinz Friedrich von Homburg“, Schauspiel. Donnerstag, 8. Oktober, 15 Uhr geschlossene Vorstellung, 20, Ende etwa 22 1/4 Uhr, „Freie Bahn dem Tüchtigen“, Lustspiel. Freitag, 9. Oktober, 20, Ende etwa 22 1/2 Uhr, „Die lustigen Weiber von Windsor“, Oper. Samstag, 10. Oktober, 19 1/2, Ende 22 1/2 Uhr, „Die Fledermaus“, Operette.

40 Jahrfeier des M.-G.-V. „Arion“ Vorth b. Grünenbaum

Eine große Kundgebung für das Deutsche Lied. Der M.-G.-V. „Arion“ Vorth beging am vergangenen Sonntag im Saale des Hotel Cramer-Kierspe-Vhf. die Feier seines 40jährigen Bestehens in Form einer großen Kundgebung für das deutsche Lied. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Sämtliche Männergesangsvereine der Gemeinde Kierspe und zwar der M.-G.-V. Sängerbund-Kierspe, der MGV. Eintracht Kierspe-Vhf., der Quartettverein „Rheingold“ Grünenbaum, der MGV. Völkne und der MGV. Völkne waren zur Mitwirkung gewonnen worden. Der Musikverein Kierspe-Vhf. leitete die Veranstaltung mit einem flotten Marsch ein, worauf der Jubelverein Heimatgrüße von Hansen sang und damit der Kundgebung für das deutsche Lied einen würdigen Auftakt verlieh. Die Begrüßungsansprache hielt der 1. Vorsitzende Herr W. Schlieper. In kurzen, seiner Art eigenen Worten begrüßte er die zahlreichen Gäste und in Sonderheit die Brudervereine nebst ihren Leitern sowie den Ehrendirigenten Herrn August Wermedes. Der MGV. Eintracht Kierspe-Vhf. brachte anschließend „Das Helbengrab“ von Zerlett zu Gehör, dem der Quartettverein „Rheingold“ mit „Abendfeier“ von Ottenhofer folgte. Herr Lehrer Schröder-Meinerzhagen nahm als Chorleiter des festgebenden Vereins das Wort zur Festrede. Er führte die Zuhörer zurück in die früheren Jahrzehnte, zu den Anfängen des Chorgesanges und zeichnete in treffenden Worten ein Bild von dem Verdegang des Männergesanges der damit verbundenen Schwierigkeiten unter welchem die Gesangsvereine zu dem empor gewachsen sind, als was sie heute gelten. Auch der Jubelverein habe schwere Jahre durchmachen müssen. Wenn die wachsende Konkurrenz unter den Vereinen als Anregung zu besseren Leistungen gewertet und eine friedliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinen vorhanden sei, so sei damit die Bedeutung des deutschen Liedes erkannt, ihm der Weg zu einer weiteren Ausbreitung geebnet. Mit einem Hoch auf den Deutschen Männergesang schloß er seine beifällig aufgenommenen Ausführungen. Unter Leitung seines Ehrendirigenten Herrn Aug. Wermedes sang der M.-G.-V. „Arion“ nunmehr „Am Rhein“ von Hansen. Sichtlich erfreut von dem ihm zuteil werdenden Beifall verließ Herr Wermedes mit seiner Sängergeräusche die Bühne. Im weiteren Verlauf des ersten Konzerteiles brachte der MGV. Völkne „In Epiphania Domini“ von Neumann und der MGV. „Sängerbund“

Kierspe „Die Ablösung“ von Hütter zu Gehör. Auch diese beiden Chöre zeugten von besser Schulung. Herr August Wermedes nahm noch das Wort, um im Namen der Jubilare und Gründer für die herzliche Begrüßung zu danken. Zum Schluß des ersten Teiles wartete der MGV. Völkne mit „Der Wald“ von Häjer auf, worauf Arion-Vorth „Hohle Erinnerung“ von Kämpf vortrug. Nach einem einleitenden Musikstück leitete Arion-Vorth mit „Tod in Ahren“ von Werth zur Ehrung der Jubilare über, welche vom Vorsitzenden W. Schlieper vorgenommen wurde. Redner gedachte zunächst des im Felde gefallenen Sangesbruder Hugo Kattwinkel und erhob sich die Festteilnehmer von den Plätzen, um sich seiner in stillem Gedenken zu erinnern. In gleicher Weise wurde auch der verstorbenen Sangesbrüder Rob. Oßrich und August Wermedes jun. gedacht. Dem Sangesbruder Rudolf Wermedes wurde eine Ehrenurkunde für seine 40jährige aktive Sangesstätigkeit überreicht. Dem Ehrendirigenten August Wermedes sowie dem heutigen Chorleiter Herrn Lehrer Schröder sprach der Vorsitzende den Dank des Vereins aus. Für 40jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Rudolf Schriever, Ernst Schröder und Aug. Schriever, Kierspe-Vhf. und für 25jährige Mitgliedschaft August Vollmerhaus, Kierspe-Vhf.

Den Gründern des Vereins, worunter sich verschiedene langjährige Sänger befanden, wurde eine Urkunde überreicht. Alle Jubilare wurden zu Ehrenmitgliedern ernannt. Mit einem „Hoch“ auf die geehrten Sangesbrüder schloß der Vorsitzende seine Ausführungen. Unter Leitung des Ehrendirigenten Wermedes sang „Arion“ als Ehrung für die Jubilare „Horch, die alten Eichen rauschen“. Im Namen der Jubilare nahm dann Herr Aug. Schriever das Wort, um dem Verein seinen Dank für die Ehrung auszusprechen. Der Vorsitzende des MGV. Sängerbund, Herr Schaefer überreichte namens der Vereine Eintracht-Kierspe-Vhf., Sängerbund-Kierspe und Quartettverein Rheingold Grünenbaum dem Jubelverein einen Fahnen Nagel. Auch der MGV. Völkne und der MGV. Völkne ließen durch ihre Vorsitzenden je einen Fahnen Nagel aushändigen. Der Jubelverein gab dem Konzert mit „Alpenrose“ von Hannemann einen würdigen Abschluß. Mit dieser Veranstaltung hat der MGV. „Arion“ der gesangliebenden großen Besucherzahl einen angenehmen Nachmittag bereitet und sich selbst ein Ruhmesblatt in der Vereinsgeschichte geschaffen.

Salver

— **Mit dem 4. Oktober d. J. tritt auch auf der Kraftfahrlinie Lüdenscheid-Salver-Wipperföhrth-Röln der neue Winterfahrplan in Kraft, der bis 21. Mai 1932 Gültigkeit hat.** Kennenwerte Änderungen sind nicht zu verzeichnen. Die neuen Taschensfahrpläne können durch das Personal der Omnibusse oder durch die Kraftverkehrs-Wupper-Sieg A.-G., Wipperföhrth kostenlos bezogen werden.

— **Wenn auch die diesjährigen vielversprechenden Ernteausichten durch die später einkommende Ungunst der Witterung nicht ganz das gehalten haben, was sie in Aussicht stellten, so konnte trotzdem am gestrigen Sonntag die Christenheit dankbaren Herzens das Erntedankfest feiern.** Als Sinnbild des Erntegutes lehnten zu beiden Seiten des Altars zwei Erntegarben. Zur feierlichen Gestaltung des Gottesdienstes wirkten der Posaunenchor durch Einlage verschiedener Musikstücke mit, der Chor des Kindergottesdienstes sang zwei Strophen des Liedes: „Wir pflügen und wir streuen den Samen auf das Land.“ Pfarrer Stommel hielt die Erntedankfestpredigt über Marcus 8, 1-9: Die Speisung der viertausend Mann. Die Kollekte war für die dringendsten Notstände der evangelischen Landeskirche bestimmt, wofür auch eine Hauskollekte eingefammelt werden wird, die der christlichen Liebe dringend empfohlen wurde.

— **Frau Wilhelm Pöppler, Julie geb. Dahlhaus zu Eichhofenmühle in hiesiger Gemeinde vollendet am Mittwoch, den 7. Okt. ihr 86. Lebensjahr.** Vor 2 1/4 Jahren konnte sie mit ihrem Lebensgefährten das überaus seltene Fest der Diamantenen Hochzeit begehen. Wenn auch das hohe Alter an keinem Menschen spurlos vorübergeht, so kann doch ihr Befinden noch als zufriedenstellend bezeichnet werden. Hoffen wir, daß dem hochbetagten Ehepaar — der Mann steht nahe vor Vollendung des 89. Lebensjahres — am 4. Juli 1934 auch die Eiserne Hochzeit beschieden sein möge!

Kierspe

— **Das Erntedankfest wurde gestern in der Kirche begangen.** Die Predigt hielt Pfarrvikar Schörmer aus Lüdenscheid, der den Text Lukas 12 ab Vers 15 zugrunde legte. Auf dem Altar hatte man Feld- und Gartenfrüchte ausgebreitet. Umrahmt wurde die Morgenfeier durch Vorträge des Gemischten Kirchenchors Kierspe-Vhf. unter Leitung des Herrn Rektor Berkemann.

— **Der Kindergottesdienst in der Kirche, der infolge Verurlaubung der Pfarrer einige Zeit ausfallen mußte, findet ab nächsten Sonntag wieder statt, und zwar um 9 1/2 Uhr vormittags.**

— **Zum Zwecke der Winterhilfe für die Bedürftigen unserer Gemeinde wurde auch im Bezirk Kierspe-Bahnhof eine Hausammlung vorgenommen, deren Erfolg in Anbetracht der alle Stände der Bevölkerung belastenden schweren Notlage als sehr gut zu bezeichnen ist.** Bis zum Sonntag Mittag betrug das Ergebnis der Sammlung folgendes: An barem Gelde 1991.— 101 Zentner Kartoffeln, für Mk. 200.— Lebensmittel sowie eine größere Menge sonstiger Gegenstände. Der Fabrikantenverein hat einen Betrag von Mark 2500.— für die Winterhilfe gezeichnet, wovon nach vorsichtiger Schätzung mindestens Mark 1500.— auf die Betriebe in Kierspe-Bahnhof zu rechnen sind. Es ist also bis zu dem genannten Zeitpunkt ein Gesamtwert von etwa 4000.— zur Verfügung der Winterhilfe gestellt worden. Mit Rücksicht auf das vorjährige Ergebnis ist die diesjährige Sammlung als gut zu bezeichnen. Zu dieser Summe kommen noch alle übrigen Schulbezirke der Gemeinde Kierspe, die auch noch einen namhaften Betrag aufgebracht haben dürften. Die Listen werden am Montag beim Wohlfahrtsamt eingereicht und kann alsdann ein genaues Resultat festgestellt werden. Die Frauenvereine von Kierspe-Bahnhof werden in der Zeit vom 7.—10. ds. Mts. die Sammlung der Kleidungsstücke u. s. w. vornehmen, deren Wert nach den bereits getroffenen Feststellungen und Anmeldungen auch noch als recht beträchtlich anzusehen ist. Allen Spendern sei daher an

dieser Stelle herzlichster Dank ausgesprochen, und an die, die noch nichts gegeben haben, ergeht die dringende Bitte, sich den freiwilligen Spendern anzuschließen und den Obmännern ihrer Schulbezirke ihre Spende zu übermitteln, denn die gezeichneten Gelder und Lebensmittel reichen keinesfalls aus, um allen Bedürftigen noch die notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen. Gebe deshalb noch ein Jeder, der noch nichts gegeben hat. Es ist dringend nötig und er erweist damit seinem Mitmenschen einen unschätzbaren Liebesdienst.

— **Der Kiersper Spar- und Darlehnskassenverein hielt am Samstag nachm. im Gasthof Venningshaus unter dem Vorsitzenden Herrn Aug. Schmidt eine Gen.-Versammlung ab.** Der Mandant Herr Fr. Schmidt nahm das Wort zum Geschäftsbericht und zur Rechnungslage; aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Gesamtumsatz auf beiden Seiten rund 6 200 000.— RM, Reingewinn 5 190.94 RM, Geschäftsguthaben und Reserven 28 700.— RM, Mitgliedsanzahl 17, Abgang 18, hiervon 11 durch Tod, Mitgliederbestand am Jahreschluß 201. Für Spareinlagen wurden durchschnittlich 6 1/2—7% Zinsen vergütet. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Wilh. Turck, erstattete Bericht über die seitens des Aufsichtsrates vorgenommenen Revisionen und Prüfung der Rechnung und Bilanz vom Jahre 1930. Dem Vorstand und Mandanten wurde Entlastung erteilt. Des weiteren berichtete der Vorsitzende des Aufsichtsrats über die durch den Bandschreiber vorgenommenen Revision der Buch- und Geschäftsführung. Die Ergänzungswahlen hatten folgendes Ergebnis: Die sachungsgemäß ausscheidenden Vorstandsmitglieder Aug. Hüttebräuder-Kierspe-Vhf., Wilh. Funke-Kierspe u. Friedr. Schmidt Kierspe, und die vom Aufsichtsrat ausscheidenden Mitglieder Wilhelm Turck Quabede und Otto Haase Kierspe wurden einstimmig wieder gewählt. — Dank ihrer umsichtigen Geschäftsführung hat die Kasse auch in der verfloffenen Zeit, die sich gerade für die Kredit-Institute zu einer Krisenzeit auswirkte, vorteilhaft arbeiten können, und sind auch für die Folge die besten Vorbedingungen für deren Rentabilität gegeben.

— **Wipperföhrth.** Wipperföhrth winkt ab. Kein Anschluß leistungsfähiger Gemeinden an die Stadt. Die immer noch fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage und die damit zusammenhängende Finanznot der Gemeinden hat in den von der Not besonders hart betroffenen ländlichen Bezirken den Gedanken der Zusammenfassung von Gemeinden wieder ausleben lassen. Die in der hiesigen Umgebung immer wieder auftauchenden Gerüchte wegen eines etwaigen Anschlusses benachbarter Gebiete an Wipperföhrth finden hier jedoch keine Gegenliebe, da man natürlich kein Interesse daran hat, leistungsschwache Gebiete ohne steuerkräftige Industrie- und Gewerbebezirke in ein erfreulicherweise noch leidlich gesundes Gemeinwesen einzubeziehen.

— **Koblenz.** Als Freitag morgen ein Schleppdampfer mit sechs Köhnen die Koblenzer Schiffsbrücke passierte, trat plötzlich so starker Nebel auf, daß vom Leuchtschiff her der lange Schleppzug nicht mehr überblickt werden konnte. Das letzte Anhängerschiff fuhr auf einen vor Anker liegenden Schlepper der Reederei Haniel, dessen Laderaum eingedrückt und die Schifferwohnung stark beschädigt wurde, dann trieb der Lastkahn gegen ein weiteres Schiff, dessen Bordwand ebenfalls eingedrückt wurde. Der rammende Schleppkahn erlitt am Bug und Heck schwere Beschädigungen und mußte vor Anker gehen. Der Sachschaden wird auf 30 bis 40 000 Mark geschätzt. Personen kamen nicht zu Schaden.

— **Bad Harzburg.** Der Skelettfund bei Harzburg. Im Hinblick auf den Skelettfund, über den kürzlich berichtet wurde, neigt man der Annahme zu, daß der Selbstmörder der Kaufmann Sch. aus Hannover sei, der seit Oktober 1930, also seit gerade einem Jahr, vermisst wird. Die Kleidung des Toten, das Gebiß mit den vielen Goldzähnen stimmen mit der damals gegebenen Beschreibung überein. Das braunschweigische Landes-kriminalamt hat sich mit der Behörde in Hannover in Verbindung gesetzt, von wo aus diese Sache weiterbearbeitet wird.

Büdeburg. Die Anschließfrage. Gelegentlich einer Aussprache über die politische Wirtschaftslage im Schaumburg-lippischen Lande gab Staatsrat Lorenz zur Frage des Anschlusses Schaumburg-Lippes an Preußen die Erklärung ab, daß daran zurzeit gar nicht zu denken sei. Die Landesregierung könne höchstens, wenn sie von einer Zweidrittelmehrheit des Landtages dazu aufgefordert werden sollte, einen erneuten Versuch machen, an Preußen heranzutreten. Dazu würde es aber nach seiner Meinung nicht kommen.

Wittingen. Lebensmittellieferung für Erwerbslose. In einer hier abgehaltenen Versammlung der Gemeindevorsteher des Kreises Jsenhagen erklärte der Vorsteher der Ortschaft Jsenhagen-Hantensbüttel, die 1610 Einwohner zählt, daß die Gemeinde zur Linderung der Not bereit sei, im kommenden Winter für 50 städtische Erwerbslose die notwendigen Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und sie den Bedürftigen zuzuführen.

Großes Schwalbensterben. Wie aus Serajewo gemeldet wird, fand man in den letzten Tagen auf den bosnischen Hochebenen viele erfrorrene Schwalben auf. Die Schwalben sind wegen des vorzeitigen Winters in diesem Jahre zum großen Teil früher als sonst nach dem Süden gezogen. Die Schwalbenzüge gerieten jedoch über Bosnien in schwere Schneestürme und mußten umkehren und sich in den Hochebenen niederlassen. Aber auch hier trat Winterwetter ein, so daß die Tiere in Massen starben.

Ein ungetreuer deutscher Bankbeamter in Newyork verhaftet. Der frühere Vorsteher einer Zweigstelle der Beamtenbank Bremen, Rattenhausen, der nach Vertreibung von 180 000 Mark flüchtig geworden war und nach dem lange vergeblich gefahndet wurde, wurde auf Veranlassung des Bremer Untersuchungsrichters in Newyork verhaftet. Rattenhausen soll ausgeliefert werden.

Waffenfunde aus der Zeit der Einwohnerwehren. Bei einem Wohnungsumzug wurden auf einem Boden des Hauses Dorffstraße 35 in Berlin-Mariensfelde, der früher dem verstorbenen Geheimrat Prof. Rosenbruch gehörte, eine Anzahl verrosteter Waffen gefunden, darunter u. a. 13 Gewehre Modell 98, eine Maschinenpistole, eine Pistole 08, eine Eierhandgranate, eine Kiste Infanteriemunition und zahlreiche schwarzweißrote Binden mit einem „S“ gefunden. Die Waffen stammen einwandfrei aus der Zeit der Einwohnerwehren und sind völlig unbrauchbar.

Keine Verbildung des Telephons.

Auf die Eingabe des Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungs in Hannover an den Reichspostminister mit der Anregung, eine Herabsetzung der Grundgebühr oder der Gebrauchsgebühr für Wenigsprecher vor-

zunehmen, hat dieser nunmehr geantwortet und u. a. ausgeführt:

Die finanzielle Lage des deutschen Fernsprechwesens ist zurzeit wenig günstig. Die Einnahmen gehen schon seit Monaten wegen Abnahme des Verkehrs dauernd zurück. Die Ausgaben sind zwar auch in starkem Maße gedrosselt worden; es ist aber zu berücksichtigen, daß die durch die Gehaltskürzungen erzielten Ersparnisse nach der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zum vollen Betrag an die Reichskasse abgeliefert werden müssen. Das Fernsprechwesen wirft unter den heute obwaltenden Verhältnissen keine Ueberschüsse mehr ab, der zur Deckung der Gebühren für die Wenigsprecher dienen könnte.

Zur Bekämpfung der schwarzen Börsen.

Veröffentlichung von Kursen erneut verboten. Nachdem die Effektenbörsen seit einiger Zeit geschlossen sind, hat es sich in gleicher Weise wie im Juli dieses Jahres im Interesse der Bekämpfung der schwarzen Börsen als notwendig erwiesen, die Veröffentlichung und zirkulärmäßige Bekanntgabe der Kurse sowie von Preisangaben beim Angebot und bei der Nachfrage von Wertpapieren zu verbieten. Ein solches Verbot ist im Wege der Notverordnung jetzt ausgesprochen worden. Die Notverordnung entspricht im allgemeinen den inzwischen wieder aufgehobenen Verordnungen vom 15. und 16. Juli 1931. Das Verbot der Veröffentlichung von Kursen ausländischer Zahlungsmittel brauchte in dieser Verordnung nicht ausgesprochen zu werden, da es im § 13 der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August 1931 enthalten ist.

Börse und Handel

Amstliche Berliner Notierungen vom 3. Oktober.
* Devisenbörse. Dollar 4,20—4,21; engl. Pfund 16,28 bis 16,32; holl. Gulden 169,63—169,97; Danz. 81,97—82,13; franz. Franc 16,68—16,72; Schweiz. 82,42—82,58; Belg. 58,79—58,91; Italien 21,33—21,37; schwed. Krone 98,90—99,10; dän. 93,41 bis 93,59; norweg. 92,91—93,09; tschech. 12,48—12,50; österr. Schilling 55,44—55,56; Argentinien 0,90—0,91; Spanien 37,76 bis 37,84.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 4. Oktober.
Hindenburgs Dank.
Berlin. Der Reichspräsident gibt folgendes bekannt: Allen denen, die meines Geburtstages durch Glückwünsche und Gaben sowie in der Presse freundlich gedacht haben und denen ich unmöglich allen einzeln zu danken vermag, spreche ich auf diesem Wege meinen herzlichsten und aufrichtigen Dank aus. Die so

zahlreichen Befundungen treuen Gedankens haben meinem alten Herzen in dieser ernsten Zeit ganz besonders wohlgetan.

Der Hamburgische Senat zurückgetreten.
Hamburg. Wie die staatliche Pressestelle mitteilt, hat der Senat beschlossen, in seiner Gesamtheit zurückzutreten und die Geschäfte bis zur Wahl eines neuen Senats weiterzuführen. Der Rücktritt des Senats ist eine Folge des Wahlergebnisses vom 27. September. Die Verträge, durch Unterhandlungen mit den Parteien eine Grundlage für den bisherigen Senat zu schaffen, waren mißlungen. Die Deutsche Volkspartei hatte schon vor zwei Tagen beschlossen, ihre Senatoren aus dem Senat zurückzuziehen.

Belmungsgezwang für Kartoffelmehl?
Im Rahmen des Winterprogramms der Reichsregierung werden verschiedene Maßnahmen zur Förderung der gewerblichen Kartoffelverwertung getroffen werden. Es handelt sich hierbei, wie verlautet, um eine Verordnung, welche die Belmungsgezwang für Kartoffelmehl vorsieht und ferner um die diesjährige Gestaltung der Kartoffelfleckenaktion.

Spiel und Sport.

Handball-Länderkampf Deutschland — Oesterreich 10:9

Der 6. Handball-Länderkampf zwischen Deutschland und Oesterreich endete am Sonntag in Wien mit dem knappen Sieg Deutschlands von 10:9 (5:2). Vor der Rekordzuschauermenge von 5000 Personen lieferten sich die beiden Mannschaften einen äußerst spannenden und interessanten Kampf. Die Deutschen waren besonders vor der Pause durch energiegelobes Stürmerpiel im Vorteil und konnten sich einen schönen Vorsprung mit 5:2 sichern. Nach dem Wechsel beherrschten zunächst die Gäste weiter das Spiel und erhöhten ihren Vorsprung auf 8:3. Eine kurze Schwächeperiode der deutschen Läuferreihe nutzten die Wiener geschickt aus und kamen schnell auf 8:7 heran. Der Rest des Spieles gehörte nun wieder der deutschen Mannschaft, deren wüßfreudiger Sturm wieder durch zwei Tore auf 10:7 davonziehen konnte. Erst in der letzten Minute konnte Oesterreich durch einen Durchbruch noch das Endergebnis auf 10:9 stellen. Der deutsche Sturm arbeitete wieder ausgezeichnet, vor allem war der Berliner Raundinya der gegebene Sturmführer, der seine Nebenleute stets verständnisvoll bediente. An den Torerfolgen war Raundinya mit sechs am erfolgreichsten beteiligt, drei Tore erzielte der Essener Vossenkaul und für den 10. Treffer zeichnete der Freitaler Böhme 2.

Schriftleitung: Wilh. Bell Jr., Halber i. Westf.

Jackenwolle

Seidenwolle

Pullovergarne

und Strickwolle

kaufen Sie am best. bei:

Gust. Borlinghaus

Kierspe-Bahnhof,

Wildenkühlen.

Achtung!

Zur bevorstehenden
Pflanzzeit empfehle ich
meine

Obstbäume

in verschieden. Formen,
wie Hoch- u. Halbstämme
Pyramiden und Büsche.

Hugo Höngen

Baumschule

Ober-Buschhausen

Post Schweake i. Westf.

Der Besuch mein. Baum-
schule ist gern gestattet

Erhalte Anfang
nächster Woche

Rot- und

Weißkohl

Nehme Bestellungen
bis Samstag entgegen.

Otto Meisterjahn,

Kierspe.

Einheitspreise

Nadelsoße, gefüllt 25¢

Schraub 25¢

Absehbürste 25¢

Bahnbürste 25¢

Gemüsemesser 25¢

5 Paar Schuhbänder 25¢

Gummischwamm 25¢

Albert Bollmann,

Kierspe.

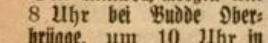
Bin Mittwoch morgen um

8 Uhr bei Budd Ober-

brügge, um 10 Uhr in

Kierspe-Bhf. (Tannenbaum)

mit



la. Oldenb. Schweinen

zum Verkauf anwesend.

Kämpfer, Denneking.



Wie die Grete macht's die Käte,
und die Käte wie die Mimi,
alle spülen die Geräte
in der Küche nur mit **imi**!

Henkel's **imi** zum Aufwaschen-
Spülen und Reinigen

Für wenig Geld!

gute, moderne

Tapeten

Die Preise s. ganz gewaltig herabgesetzt.

Drogerie C. Baukloh,

Kierspe-Bhf. Ruf 572 Meinerzh.

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger

des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle Halber
Kirspe, 5, ohne Spesenzuschlag vermittelt.
Das Publikum hat nur nötig, die klei-
nen Anzeigen bei uns abzugeben und
die Gebühren zu entrichten. Die Anzei-
genpreise des „Daheim“ sind im Ver-
gleich zur hohen, über ganz Deutschland
gehenden Auflage und der zuverlässigen
Inseratwirkung niedrig; sie betragen
gegenwärtig nur 10 Pf. für die Zeile
(7 Silben) bei Stellenangeboten und
nur 75 Pf. bei Stellengesuchen — Wir
empfehlen, die Anzeigen frühzeitig
aufzugeben.

Die Geschäftsstelle des

Allg. Anzeiger, Halber.

Westdeutscher Rundfunk.

Dienstag, den 6. Oktober.

- 6,45—7,00 Leibesübungen. Dr. Ludwig Bach.
- 7,00 Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 7,05—8,00 Morgenkonzert.
- 8,00 Wiederholung der Wettervorhersage und
Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
- 10,15—11,45 Schallplattenkonzert (Kristallplatten)
- 10,30 Unterbrechung des Schallplattenkonzertes
durch: Erste Meldungen und Zeitangabe.
- 11,45—12,00 Funkverbundung mit Schallplatten.
- 12,10 Schallplattenkonzert (Homocordplatten).
- 12,50 Wetterbericht.
- 12,55 Rautener Zeitzeichen, Mittagmeldungen
und Zeitangabe.
- 13,05—14,30 Mittagskonzert des Orchesters des
Westdeutschen Rundfunks, Leitung:
Ruhn.
- 15,30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
- 15,50—16,20 Kinderstunde: Gis Bordenberge:
Märchen von Grimm.
- 16,20—16,30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
- 16,30—17,00 Aus dem Leben der höheren
Schule. Studienrat Dr. Müller: Die
Bedeutung philosophischer Vertiefung
für den katholischen Religionsunterricht.
- 17,00—18,00 Vesperkonzert. Fritz Mühlhölzl
(Gitarre und Klavier), Döhre-Basoritz-
Trio (Hilbe Döhre, Klavier; Werner
Döhre, Violine; Philipp Basoritz,
Violoncell).
- 18,00—18,20 Hans B. Priwin: Mit Auto und
Funkt zu den Suzulen. Hellmut S.
Hellmut: Vom Forschungspionier zur
Erfindungsfabrik.
- 18,20—18,40 Für den Landwirt. Prof. Dr. Ger-
land: Die Rationalisierung im landwirt-
schaftlichen Betrieb.
- 18,40—19,00 Französische Unterhaltung. Lektor
Le Bourgeois — Lektor Rogué.
- 19,00—19,15 Wetterbericht, Zeitangabe, Wirt-
schaftsmeldungen und Sportvorbericht.
- 19,15—19,25 Vom Tage.
- 19,30—19,55 Arbeitsleute in aller Welt. Dr.
Johann Koll: Kall- und Zementarbeiter
in Westfalen.
- 19,55 Erste Abendmeldungen.
- 20,00 auch über den Deutschlandsender Königs-
wusterhausen:

Alles durcheinander.

Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über
das geistige Leben, Sportbericht.
Funkstille.

Nothilfe des Amtes Lüdenscheid.

Volksnot überall, Not im Lande, Not in der Ge-
meinde, Not bei unzähligen Volksgenossen. So gehen
wir in den Winter 1931. Viele Familien in den Ge-
meinden Lüdenscheid Land und Hülscheid stehen unter
dem schweren Drucke der Arbeitslosigkeit ihrer Ernährer,
manche von ihnen schon seit Jahren. Die leibliche und
seelische Not weiter Volkskreise wächst von Tag zu Tag.
Schwer lastet auf uns allen die Sorge, wie dieser Not
begegnet und gesteuert werden kann.

In steigendem Maße wird die öffentliche Fürsorge
der Gemeinden beansprucht. Die Mittel zur Erfüllung
dieser Aufgaben werden immer geringer. Die freiwillige
Hilfe der Allgemeinheit muß daher wirksam werden.
Wollen wir die Not des kommenden Winters in unseren
Gemeinden überstehen, müssen alle Schichten und Stände
der Bevölkerung zusammenhalten.

Darum rufen wir alle Bewohner der Gemeinden
Lüdenscheid Land und Hülscheid zur

freiwilligen Nothilfe

auf. Helft und schließt Euch zusammen zu einer Notge-
meinschaft! Lindert das Leid und bannet die Not; gebt
und spendet!

Alle Kräfte werden beansprucht, alle Mittel benötigt,
um dieses Hilfswerk,

die Nothilfe im Amte Lüdenscheid

erfolg- und segensreich zu gestalten.

Wir brauchen Geld, wir brauchen Naturalien.

Jeder spende mit offenen Herzen und Händen nach
dem Maße seines Vermögens, seiner Kraft und seiner
Leistungsfähigkeit.

Gibt den im Dienste dieses Hilfswerk tätigen
Sammelern und Sammlerinnen, so oft sie sich bei Euch
einfinden. Ueberweist Eure Geldspenden dem Konto
„Nothilfe des Amtes Lüdenscheid“ bei der Sparkasse
des Amtes Lüdenscheid und bei der Amts- und Ge-
meindekasse Lüdenscheid (Amtshaus).

Ueber die Verwendung und Verteilung der Geld-
spenden befindet ein aus allen Kreisen der Bevölkerung
zusammengestellter Hilfsausschuß in Gemeinschaft mit
den Fürsorgeausschüssen beider Gemeinden.

Lüdenscheid, den 26. September 1931.

Arbeitgebervereine. Landwirtschaftl. Ortsvereine. Ge-
werkschaften. Angestelltenverbände. Kirchengemeinden.
Frauenvereine. Industrie- und Handelskammer.
Handwerksvereine. Einzelhandel. Metzgerei.
Lehrer- u. Beamtenschaft. Amtsvertretung. Gemeinde-
vertretungen. Gemeindevorstände. Amtsverwaltung.